

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10

September/Oktober 1989

5 Schilling

Dollfuß war kein Freiheitskämpfer **Die Austrofaschisten waren die Wegbereiter Hitlers**

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer würdigen die Tat und das Opfer eines jeden Freiheitskämpfers, unabhängig von seiner weltanschaulichen Orientierung. Daher gibt es auch seit vielen Jahren eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den beiden anderen Opferverbänden. Aber das bedeutet nicht, daß wir die austrofaschistische Geschichtslüge akzeptieren: Die Demokratie ist in Österreich nicht erst im März 1938, sondern bereits im Februar 1934 zerstört worden. Die Austrofaschisten waren daher die Wegbereiter Hitlers.

Auch das tragische Schicksal des Engelbert Dollfuß darf nicht dazu führen, ihn als Freiheitskämpfer zu akzeptieren. In letzter Zeit werden in verschiedenen österreichischen Orten Gedenkstätten für Dollfuß errichtet. Die Texte sollen den Eindruck erwecken, daß dieser Bundeskanzler ein Märtyrer des österreichischen Freiheitskampfes war. Diese Geschichtslüge darf nicht unwidersprochen bleiben.

Wer war Dollfuß?

Engelbert Dollfuß kam aus der Christlich-Sozialen Partei Niederösterreichs. Er hatte stets ein gestörtes Verhältnis zur Republik. Nicht zufällig zeigte er sich bei öffentlichen Veranstaltungen fast immer in der Uniform der Kaiserjäger der alten österreichischen Armee. In seinen Reden war oft von den Habsburgern die Rede und von den Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg, aber nie von der Demokratie, nie von der Republik. Sein Bekenntnis zum Katholizismus verband er mit dem Bekenntnis zum deutschen Volkstum. Österreich war für ihn ein christlicher, deutscher Staat. Als Dollfuß Bundeskanzler wurde, begann die Demontage der Republik, die Vorbereitung des faschistischen Staatsstreichs. Wir zählen nur seine wichtigsten Daten auf: die Auflösung des Parlaments, die Knebelung der Presse durch die Zensur, die Auflösung sozialistischer Organisationen, das Verbot der Kundgebungen am 1. Mai und am 12. November (Tag der Republik).

Der 12. Februar 1934 war, wie heute fast alle Historiker feststellen, ein verzweifelter Versuch der demokratischen Arbeiterbewegung, die Entwicklung zur faschistischen Diktatur zu verhindern.

Dieser historische Versuch scheiterte, weil mit dem Kampf zu spät begonnen wurde und der Gegner ein gewaltiges militärisches Übergewicht hatte.

Mussolini und Dollfuß

Aus dem in der Zweiten Republik veröffentlichten Briefwechsel zwischen Mussolini und Dollfuß geht hervor, daß der faschistische Diktator Italiens mit dem österreichischen Bundeskanzler gegen die Republik Österreich konspirierte.

Dollfuß versprach in diesen Briefen, er werde die österreichische Sozialdemokratie ebenso wie die Freien Gewerkschaften zerschlagen, die demokratischen Freiheitsrechte beseitigen und ein autoritäres Regime nach dem Vorbild des italienischen Faschismus errichten. Wie aus den Briefen von Dollfuß an Mussolini hervorgeht, war er von einem glühenden Haß gegen die große Partei der Republik, die österreichische Sozialdemokratie, erfüllt. Besonders konzentrierte sich dieser Haß auf Otto Bauer, wobei auch antisemitische Elemente eine Rolle spielten. In der Christlich-Sozialen Partei und später im austrofaschistischen Ständestaat wurde an die antisemitische Tradition eines Karl Lueger angeknüpft.

Die Hinrichtungen der Schutzbündler 1934 erfolgten auf besonderen Wunsch von Dollfuß. Er hat es auch durchgesetzt, daß der schwerverletzte Münchreiter auf der Tragbahre zum Galgen gebracht wurde. Wenige Tage vor seinem Tod hat Dollfuß im Juli 1934 auch die Hinrichtung des zwanzigjährigen Sozialisten Gerl erzwungen. Aus den Veröffentlichungen des katholischen Publizisten Ernst Karl Winter erfuhren wir, daß sich dieser, ebenso wie andere katholi-



Bundeskanzler Vranitzky übernimmt die Erklärung der Opfer zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. (Siehe Seite 2, Foto: Reiberger)

sche Freunde, bemüht hatten, die Hinrichtung des sozialistischen Jugendlichen zu verhindern. Aber Dollfuß erreichte, daß Gerl vom Bundespräsidenten nicht begnadigt und daher hingerichtet wurde.

Opfer des Naziputsches

Am 25. Juli 1934 gab es in Österreich einen Nazi-Putsch, der die Nazis aber nicht zur Macht brachte, weil damals Mussolini noch nicht bereit war, Österreich Hitler zu opfern. Daß die Nazis damals ohne Widerstand das Bundeskanzleramt besetzten und den Bundeskanzler ermorden konnten, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schwäche des Ständestaates, des Staatsapparates, der von Nazis durchsetzt war.

Die Putschisten ließen Dollfuß ohne ärztliche Hilfe verbluten. Er starb unter furchtbaren Qualen als ein Opfer nazistischer Bestialität, aber er starb nicht als Freiheitskämpfer, waren doch alle Freiheitsrechte, die es im Österreich der Zwischenkriegszeit gab, von seiner Regierung unter Bruch der Verfassung beseitigt worden.

Heute hängt noch immer das Bild von Dollfuß in den Räumen des Abgeordnetenklubs der ÖVP. Sie hat die austrofaschistische Vergangenheit auch in den letzten Jahrzehnten nicht bewältigt.

Josef Hindels



„Unser erstes Gedenken muß den Opfern gelten“

Bundeskanzler Vranitzky bei der Gedenkfeier der KZ-Verbände

Im Gedenken an den Horror des Zweiten Weltkrieges, dessen Beginn sich nunmehr zum 50. Mal jährt, müssen der Gedanke an die menschlichen Opfer, an die Opfer der Vernichtungslager, an die Opfer der Gestapokeller, an die Opfer des Widerstandes, aber auch an die namenlosen Opfer auf den Schlachtfeldern oder auf den zahllosen Soldatenfriedhöfen an erster Stelle stehen, sagte Bundeskanzler, SPÖ-Vorsitzender Dr. Franz Vranitzky bei der Gedenkfeier der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Wien.

Vranitzky betonte, daß dieser Krieg, zu dessen Beginn Österreich seine eigenstaatliche Existenz bereits eingebüßt hatte, ein Trauma hinterlassen habe, mit dem Österreich sich auch heute, 50 Jahre danach, noch zu beschäftigen habe. Der Kanzler erinnerte an die im vergangenen Jahr stattgefundenen Auseinandersetzungen Österreichs mit dem Anschluß und dessen Folgen. Wir haben uns dabei auch nicht geschont und uns in aller Offenheit die Schuld eingestanden, die viele Österreicher im Dienst der Nazi-Herrschaft auf sich geladen haben und die für viele einzelne Menschen,

aber auch für die Allgemeinheit, in unserem Land nach wie vor ein moralisches Problem darstellt, sagte der Bundeskanzler.

Er erinnerte an verschiedene Ereignisse in der Geschichte der Menschheit, die Wendepunkte signalisieren. Auch der Zweite Weltkrieg sei eine solche einschneidende Erfahrung gewesen, betonte Vranitzky. Gewisse Haltungen, gewisse Annahmen über zu rechtfertigendes Verhalten hätten sich auf Grund dieser Erfahrung verschoben und seien dauerhaft in Frage gestellt worden. So etwa die Leichtfertigkeit, mit der oft festgestellt wurde, daß der Krieg der Vater aller Dinge sei, daß der Zweck die Mittel heilige und daß der Staat nicht nur das Recht, sondern gelegentlich sogar die Verpflichtung habe, losgelöst von den Moralvorstellungen und Interessen seiner Bürger nur im eigenen Interesse zu handeln. Derartige Positionen seien heute nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Vranitzky wies darauf hin, daß aus österreichischer Erfahrung noch eine andere Lehre aus den Ereignissen zu ziehen sei, nämlich die Lehre, wie wichtig stabile und geordnete Verhältnisse im Land dafür sind, auch in den Außenbeziehungen Stabilität und Sicherheit aufrechterhalten zu können, und daß es einen Zusammenhang zwischen inneren und äußeren Gegebenheiten gibt, der verheerende Folgen auslösen kann. Vranitzky erwähnte hier auch den Zusammenhang zwischen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit einerseits und dem zwischen Frieden und der Freiheit andererseits.

Als Opfer dieses Krieges, aber auch als Mittäter hat Österreich eine besondere Verpflichtung, sich daran zu erinnern und alles zu tun, um ähnliche Entwicklungen zu vermeiden. „Wir sind uns dieser Verpflichtung sowohl in unserer Innenpolitik als auch in der Gestaltung unserer Außenbeziehungen immer bewußt gewesen“, betonte Vranitzky.

Der Bundeskanzler wies auf die Reformbestrebungen im Osten Europas hin, die neue, bisher ungeahnte Möglichkeiten einer friedlichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit eröffnen. Das sei eine Chance, die genutzt werden müsse.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Erklärung der Opfer

Zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Am 1. September 1939 fielen Truppen der deutschen Wehrmacht in Polen ein und lösten damit den Zweiten Weltkrieg aus. Den Vorwand für den Überfall lieferte ein vom SD inszenierter „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz.

In dem von langer Hand vorbereiteten Krieg wurden auch Österreicher mitverwickelt, die durch die Annexion Österreichs durch Nazideutschland zu deutschen Staatsbürgern und damit zu Wehr- und Kriegsdienstpflichtigen wurden.

Mit Kriegsausbruch verschärfte sich der Terror gegen österreichische Patrioten, Freiheits- und Widerstandskämpfer unterschiedlicher politischer Anschauungen und religiöser Bekenntnisse. Zehntausende wurden eingekerkert, in Konzentrationslager deportiert, ermordet.

800.000 Österreicher wurden zur deutschen Wehrmacht eingezogen, 380.000 von ihnen kehrten nicht mehr zurück. 74.000 Österreicher wurden wegen Wehrkraftzersetzung, Kriegsdienstverweigerung oder Desertion hingerichtet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der von Nazideutschland vom Zaum gebrochene Krieg – der nie ein Krieg Österreichs war – hat auch unter der heimischen Zivilbevölkerung große Opfer gefordert. 112.976 Frauen haben ihre Männer, 136.721 Kinder ihre Väter verloren. Bei Bombenangriffen wurden allein in Wien 12.622 Menschen getötet. Von den Sachwerten und der Zerstörung unersetzlicher Kulturdenkmäler ganz zu schweigen.

Insgesamt hat der von Hitlerdeutschland provozierte Zweite Weltkrieg mehr als 55 Millionen Menschenleben gefordert.

Wir, Opfer des Krieges und des Faschismus, Repräsentanten von 170.000 österreichischen Familien, die unermeßliches Leid auf sich nehmen mußten, sind uns über alle divergierenden Meinungen hinweg darin einig, daß es nie wieder zu Ereignissen kommen darf, die eine solche Katastrophe, wie es der Zweite Weltkrieg war, auslösen können. Unsere Kinder und Kindeskinde sollen nie wieder Krieg und Unmenschlichkeit erdulden!

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt; daher treten wir, die unterzeichneten Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Widerstandskämpfer und Opfer des Krieges und des Faschismus, gemeinsam für Demokratie, Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein.

Der 50. Jahrestag des Ausbruches des Zweiten Weltkrieges ist der Anlaß für unser Gelöbnis.

Zentralorganisation der Kriegsoffer-
und Invalidenverbände Österreichs

Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer
und Opfer des Faschismus

Bundesverband Österr. Widerstandskämpfer
und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände
und Widerstandskämpfer Österreichs

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft
der politisch Verfolgten



Der neuen Gefahr von rechts wirksam entgegentreten

Einen flammenden Aufruf gegen alle Versuche, den Zweiten Weltkrieg als Verteidigung Österreichs darzustellen, richtete der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Genosse Josef Hindels, am 15. September 1989 bei der SPÖ-Antikriegsveranstaltung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ in Wien an alle Antifaschisten. Im Gegensatz zur Meinung mancher „Unbelehrbaren“, zu denen auch Bundespräsident Kurt Waldheim gehört, ist der „Hitler-Krieg nicht unser Krieg“ gewesen, betonte Hindels unter starkem Beifall.



Josef Hindels bei seiner Rede.



Johanna Dohnal bei ihrer Rede.

(Fotos: Haslinger)

Bei der Kundgebung anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges meinte Hindels, der Zweite Weltkrieg sei nicht eine Wiederholung des Ersten Weltkrieges gewesen. Denn es wurden bewußt Menschen wegen ihrer Rassenzugehörigkeit oder wegen ihrer Gesinnung ermordet. „Sechs Millionen Juden sind während des Zweiten Weltkrieges, ohne daß sie an den Kriegshandlungen teilnahmen, ermordet worden. Dieser Hitler-Krieg ist nie unser Krieg gewesen, weil Österreich bereits 1938 von Nazi-Deutschland besetzt, von der europäischen Landkarte gelöscht wurde“, erklärte Hindels. Damals seien Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern und in den Bombennächten gefallen. Es seien aber auch andere, sechs Millionen Juden, die mit dem Kriegsgeschehen nichts zu tun hatten, planmäßig ermordet worden.

Heute gebe es noch immer Unbelehrbare, die uns einreden wollen, daß Österreicher in der Naziwehrmacht unser Land verteidigen konnten. „Zu diesen Unbelehrbaren gehört der Bundespräsident Kurt Waldheim, der Österreich schweren Schaden zugefügt hat und noch immer zufügt“, stellte Hindels fest.

Es habe auch zu Beginn des Krieges Österreicher gegeben, die ein Opfer der Nazi-Propaganda wurden. Aber es habe auch damals bereits Widerstand gegeben. „Wir verneigen uns vor jenen, die bereits zu Beginn des Krieges Hitler bekämpften und für die Freiheit Österreichs eingetreten sind“, betonte Hindels.

Es fehle heute in Österreich nicht an Kriegerdenkmälern. Dagegen wäre gar nichts zu sagen, wenn auf diesen Denkmälern der Opfer des Krieges und der Widerstandskämpfer gedacht würde, erläuterte Hindels. Aber es würde so getan, und das sei eine ungeheuerliche Lüge, als hätten die Österreicher, die in die deutsche Wehrmacht gezwungen wurden, Österreich verteidigt. Aber der Hitler-Krieg war nie unser Krieg, betonte Hindels.

Es gebe in Österreich nicht nur offen neonazistische Gruppen, die jeden Tag die österreichischen Gesetze und die Bestimmungen des Staatsvertrages brechen, sondern es gebe auch eine im Parlament vertretene Partei, die Freiheitliche Partei, die zum Beispiel durch ihren Obmann Haider die österreichische Nation als Mißgeburt verhöhnt, sagte Hindels. Entschieden wandte sich Hindels

gegen alle Versuche, in einem Land, „das bereits einen Bundespräsidenten Waldheim hat“, auch die Partei Haider in die Regierung zu nehmen. Es sei notwendig, alle Tendenzen des Neonazismus und des Deutschnationalismus entschieden zu bekämpfen. Den Unbelehrbaren sei es gelungen, Teile der Jugend zu gewinnen. Es sei daher notwendig, daß die alten Antifaschisten gemeinsam mit den jungen Antifaschisten der neuen Gefahr von rechts wirksam entgegentreten, schloß Hindels unter anhaltendem Beifall, zu dem sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben.

„Erschreckende Erinnerungsarbeit“

Die Art der „Erinnerungsarbeit“, die sogenannte Veteranen noch immer leisten, nämlich ihre Tapferkeit und ihr Heldentum bei Bier und Blasmusik rühmend, sei erschreckend. „Mich erschreckt auch, wie sich viele Menschen noch landauf, landab an die Nazizeit erinnern, etwa wenn sie sagen, man soll an der Hitlerzeit doch nicht alles so schlecht machen, immerhin hätten die Menschen damals Arbeit bekommen“, sagte die Vorsitzende der SPÖ-Frauen, Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal, bei der Antikriegsveranstaltung zum Gedenken des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren.

In all dem Gedenken und Bedenken der letzten Jahre sei zu wenig daran erinnert worden, daß Anhänger, Mitläufer und Nutznießer des nationalsozialistischen Terrorregimes wieder in leitende Funktionen von Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Politik aufrückten. Die Parole „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“, unter der auch die Gedenkveranstaltung stattfand, sei oft gesagt, geschrieben und gerufen worden, betonte Dohnal. Entsprechend dem Anlaß sollte aber auch darüber nachgedacht werden, daß es verabsäumt wurde, eine präventive Erziehungsarbeit zu leisten. „Unsere Gesellschaft würde anders beschaffen sein, hätte sie sich nach dem Krieg tatsächlich der schmerzlichen Mühe unterzogen, ihre blutige Vergangenheit zu bearbeiten, statt sie verdrängend zu bewältigen“, betonte die SPÖ-Frauenvorsitzende.

Genossin Dohnal appellierte in diesem Zusammenhang an eine sich erinnernde Gesellschaft, und betonte abschließend, daß das Bemühen darum eine Schuldigkeit all jenen gegenüber darstellt, denen die Erinnerung gelten soll: den Frauen und Männern, die damals Widerstand geleistet haben.

Kranzniederlegung am 1. September 1989



Genosse Josef Hindels bei seiner Gedenkrede. An der Kranzniederlegung nahm auch Zentralsekretär Peter Marizzi teil. (Foto: Hans Waschek)

50 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges fand am 1. September 1989 vor dem Mahnmahl gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertina-Platz in Wien eine Gedenkkundgebung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer statt. Der Vorsitzende-Stellvertreter des

Bundes, Josef Hindels, wies in seiner Gedenkrede darauf hin, daß in diesem Krieg mehr als 50 Millionen Menschen den Tod fanden. „Sie starben nicht nur als Opfer militärischer Aktionen, sondern wurden auch bewußt ermordet wie die sechs Millionen Juden“, sagte Genosse Hindels.

Kampf gegen Neonazismus verschärfen

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer begrüßten es, daß 50 Jahre später der Kalte Krieg beendet werden konnte und ein Prozeß der Friedenssicherung und der internationalen Zusammenarbeit begonnen hat. „Aber wir sind zutiefst beunruhigt über das Anwachsen neonazistischer Aktivitäten in Europa und auch bei uns in Österreich“, sagte Hindels. Die neonazistische Gefahr gehe nicht nur von kleinen Gruppen aus. Das zeige sich daran, daß 50 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges die FPÖ, eine im Parlament vertretene Partei, das sogenannte „Grenzlandjahrbuch“ herausgebracht hat, in dem Hitler und der Hitlerkrieg verherrlicht werden. Der Kärntner Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Jörg Haider habe es bisher abgelehnt, sich von diesem neonazistischen Machwerk zu distanzieren, kritisierte Hindels und betonte abschließend: „Die Sozialistischen Freiheitskämpfer fordern den verschärften Kampf gegen den Neonazismus im Sinne des Staatsvertrages und der österreichischen Gesetze.“

Gedenkfeier der Freiheitskämpfer im Burgenland

Anläßlich des 50. Jahrestages des Ausbruches des Zweiten Weltkrieges rief der Landesverband der Sozialistischen Freiheitskämpfer Burgenland zu einer Kundgebung auf. Gemeinsam mit den Jugendorganisationen wurde in der Nähe von Rechnitz, am Geschriebenstein, eine Kranzniederlegung durchgeführt. Vertreter der SPÖ Burgenland und der Bürgermeister von Rechnitz waren ebenso vertreten wie auch eine starke Abordnung des Pensionistenverbandes. Die „Rote-Falken-Gruppe“ aus Neufeld gab dem Gedenken einen würdigen Rahmen.

Nach der Begrüßung durch den Vertreter der SJ Burgenland, Peter Eitzenberger, sprach Genosse Stefan Billes, Landesrat i. R., Worte der Mahnung und des Gedenkens. Billes erläuterte auch, warum man gerade jene Gedenkstätte am Geschriebenstein gewählt hatte. „Auf allen Kriegerdenkmälern wird der Helden des Krieges gedacht. In den we-

nigsten Fällen erinnert man aber an die Männer und Frauen, welche tatsächlich ihre Pflicht erfüllt haben. Ihre Pflicht im Widerstandskampf gegen das austrofaschistische und nazifaschistische Regime. Jene 104.000 Männer und Frauen, die von den Nazibarbaren verschleppt, gedemütigt und getötet worden sind.“ Und weiter stellte Stefan Billes fest: „Nicht nur die Ritterkreuzträger sollen hier ein Mahnmahl haben, sondern wir Sozialistischen Freiheitskämpfer fordern die Landesregierung auf, noch im heurigen Jahr, und da würde sich der Staatsfeiertag am 26. Oktober besonders anbieten, eine Gedenktafel für die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft zu enthüllen.“ Mit den Worten „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus“ schloß Billes, einer der noch wenigen lebenden Österreicher, der dem sogenannten „Prominententransport“ am 1. April 1938 nach Dachau angehört hatte.

Als nächste Rednerin ergriff nun

Volksanwältin Mag. Evelyn Messner das Wort. Unter anderem führte Genossin Messner aus: „Wir müssen als aufrechte Österreicher, als überzeugte Sozialdemokraten, als Menschen mit einer zutiefst humanitären Gesinnung, kurz als Menschen, die die Menschen lieben, mit all unserer Kraft gegen den Krieg auftreten. Wenn wir die Vision von einer Erde in Frieden haben, die Vision von einem besseren Leben für die Menschen nicht nur in unserem Land, sondern auf der ganzen Welt, dann müssen wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß alle Kinder dieser Welt abends ohne Angst vor Krieg, Tod und Zerstörung schlafen gehen können und daß sie am nächsten Morgen mit dem Blick in einen schönen Tag aufstehen dürfen.“

Die Kundgebung am Geschriebenstein wurde mit der „Internationale“ geschlossen. Eindrucksvoll waren auch die Worte Erich Frieds, dessen Gedicht „Friede“ von einer Genossin der „Roten Falken“ vorgetragen wurde.

„Kreuzstadel“ und Friedensburg

Anschließend ging es zum „Kreuzstadel“. Hier, an dieser Stelle des Grauens und der Erniedrigung berichtete Kamerad Anthofer, wie sich die Ereignisse damals, in den letzten Kriegsstunden, zugetragen hatten.

Die Nazigrößen von Rechnitz und Umgebung saßen bei einer Sauforgie beisammen und sprachen über die „große Zeit“. Etwa 40 an der Zahl beteiligten sich. Plötzlich wurde vorgeschlagen, der „Endlösung“ auch in diesem Teile des „Reiches“ gerecht zu werden. Befand sich doch ganz in der Nähe eine Gruppe ungarischer Juden. Diese wurden für Schanzarbeiten und zum Errichten des Südwalles verwendet. Einige von diesen geschundenen Menschen konnten, da sie ja mehr Peitschenschläge als Essen bekamen, die Spaten und Krampen nicht

(Fortsetzung auf Seite 5)

„Österreicher und der Zweite Weltkrieg

Das vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebene Buch „Österreicher und der Zweite Weltkrieg“ enthält nicht nur Artikel über die Geschichte dieses Krieges sowie über Österreicher in der Wehrmacht und die Kriegswirtschaft, sondern auch über Zwangsarbeit und Kriegsverbrechen und über die Zeit nach dem Krieg und die Bewältigungsversuche.

Das 184 Seiten starke Buch ist im Österreichischen Bundesverlag erschienen und kann beim DÖW (1010 Wien, Wipplingerstraße 8) zum Subskriptionspreis von 140 Schilling bestellt werden.



Weltkriegsgedenken in Gdingen



Österreichische Freiheitskämpfer vor einer Ruine, die am 1. September 1939 von deutschen Kriegsschiffen getroffen wurde. Jetzt ist sie eine Gedenkstätte.

Es war ein sehr stürmischer und regnerischer Tag, als eine kleine Gruppe österreichischer Freiheitskämpfer ein halbes Jahrhundert nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an einer Gedenkstätte für polnische Kriegsoffer in Gdingen einen Kranz niederlegte.

Im Rahmen des Besuches der Hafencities Danzig und Gdingen durch Teilnehmer einer Ostseereise Ende August 1989 brachte unsere Gruppe den Wunsch vor, jenes Gelände zu besichtigen, auf das am 1. September 1939 auf Befehl Hitlers die ersten Salven des Zweiten Weltkrieges abgefeuert wurden.

Unsere Busgruppe, der sich auch einige deutsche Urlauber anschlossen, stattete dieser historischen Stätte einen Besuch ab. Allerdings hörten wir auch Stimmen, die meinten, man sollte doch keine politischen Reden halten und nicht wieder alte Geschichten aufwärmen. Einer der Passagiere schlug vor, unseren

Kranz mit der Schleife „Niemals Vergessen“ beim Denkmal der „Solidarnoc“ in Danzig niederzulegen, wie dies die deutschen Reisegruppen zu tun pflegen. Dank der polnischen Reisebegleiterin konnte aber unserem Wunsch entsprochen werden. Wir fuhren in das ehemalige militärische Sperrgebiet von Gdingen, besuchten ein kleines Museum, sahen die zerstörten und zur Mahnung an die Nachwelt erhalten gebliebenen Gebäuderuinen und legten trotz starken Regens auf dem kleinen Friedhof der ersten Gefallenen einen Kranz nieder.

Die ersten Opfer des Hitlerkrieges

Landesverbandsobmann Lesjak wies in seiner kurzen Gedenkrede darauf hin, daß in Gdingen vor 50 Jahren die ersten Opfer des Hitlerkrieges zu beklagen waren und es bis zum Ende im Jahre 1945 weltweit 54 Millionen Tote wurden.

(Fortsetzung von Seite 4)

mehr heben. Und so begab sich die besoffene Nazihorde, 15 ausgewählte Kämpfer, zum „Kreuzstadel“. Mit Genickschüssen wurden 200 der dort dahinvegetierenden Juden ermordet. Einige, die bei diesem Massenmord dabei gewesen sind, leben heute noch als angesehene Bürger in näherer und weiterer Umgebung von diesem Ort des Grauens. Und wie Kamerad Anthofer ausführte, verspritzt auch heute noch bei Zusammenkünften des Kameradschaftsbundes der frühere Gauleiterstellvertreter Tobias Portschy sein Nazigift. Stefan Billes rief zu einer Schweigeminute auf. Anschließend wurde ein Kranz an den verfallenden Mauern des Stadels ange-

bracht und der Wunsch geäußert, daß auch hier eine Tafel an die Opfer jenes grauenvollen Massakers erinnern sollte.

Und was wäre naheliegender gewesen, als diesen Tag in der „Friedensburg Schlaining“ zu beenden. Die Teilnehmer wurden in der revitalisierten Burganlage vom Genossen Mader empfangen. Im Plenarsaal der Friedensburg erläuterte Genosse Gerald Mader die internationale Bedeutung der Institution.

Wir können sagen, daß dieser Tag, wie Genossin Anna Pöpperl in ihren Dankesworten vermerkte, allen, die dabei waren, Ermutigung und neue Kraft gegeben hat, um vielleicht doch einmal zu erleben, daß es eine Erde ohne Haß und Krieg geben wird.

Neue politische Bücher

Bonn ist nicht Weimar, aber „Vorsicht ist geboten“, meint Peter Glotz in seinem neuen Buch „Die deutsche Rechte – Eine Streitschrift“ (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1989, 176 Seiten, DM 24,-) zu der von Schönhubers „Republikanern“ ausgehenden Gefahr. Die Gefahr liege nicht in der plumpen Wiederholung der Geschichte, nicht im „Faschismus“, meint der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer. Die Gefahr liege vielmehr „in einem neuen Nationalismus nach außen und nach innen, der durch tausend Bekenntnisse für Menschenrechte reputierlich gemacht würde“ (S. 124). Der gängige „Antifaschismus“ der Bundesrepublik sei, so Glotz, „hilflos und schafft Märtyrer“ (S. 43), populistische Parteien, wie die „Republikaner“, bringe man nur durch den Parlamentarismus in Schwierigkeiten, wie es das Beispiel des Berliner Abgeordnetenhauses zeige. Glotz hat ein auch für Österreich wichtiges Buch geschrieben, wobei er auf einen wesentlichen Unterschied zwischen den „Republikanern“ und der FPÖ hinweist: „Der ‚deutsche Haider‘, ein junger, energischer Kohortenführer der Nationalkonservativen, fehlt“ (S. 105).

*

Einen Überblick über den Rechtsradikalismus in Westeuropa gibt das von den jungen Journalisten Martina Kirfel und Walter Oswald herausgegebene Buch „Die Rückkehr der Führer“ (Europaverlag, Wien 1989, 356 Seiten, 298 Schilling). Neben den Länderdarstellungen enthält das Buch auch einen zweiten Teil mit gesellschaftspolitischen Aufsätzen. Ein Verzeichnis rechtsradikaler Organisationen und Zeitschriften sowie antifaschistischer Adressen rundet den Band ab, mit dessen Inhalt wir uns noch beschäftigen werden.

(Fortsetzung von Seite 2)

„Wir haben in den letzten fünfzig Jahren viel erreicht und neue Wege beschritten, die nunmehr die Hoffnung auf ein großes und gemeinsames Europa der Vielfalt, geprägt von Verständnis und Zusammenarbeit, Realität werden lassen können“, sagte Vranitzky, der appellierte, in Erinnerung an den Beginn dieses schrecklichsten aller Kriege noch intensiver an der Verwirklichung des Ziels eines echten und dauerhaften Friedens in Europa zu arbeiten.

Sie entscheiden über
Leben und Tod



VOLKSHILFE
HELFFEN STATT WEGSCHAUEN

PSK + BAWAG
1,740.400
UND IN ALLEN GELDINSTITUTEN

Josef Kratky gestorben

Der langjährige ehemalige Sekretär der SPÖ-Landesorganisation Wien, Genosse Josef Kratky, ist nach kurzem Leiden am 18. August 1989 in Wien verstorben.

Josef Kratky wurde am 4. April 1907 geboren und wandte sich bereits in jugendlichen Jahren der sozialdemokratischen Bewegung zu. In seinem Heimatbezirk Ottakring war er in der Zeit der Ersten Republik Bezirksobmann der Sozialistischen Arbeiterjugend. Während des Austrofaschismus wurde er wegen seiner Gesinnung politisch verfolgt, im großen Sozialistenprozeß 1936 mitangeklagt und zu vierzehn Monaten Kerker verurteilt.

Nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1946 stellte sich Genosse Kratky sofort wieder der Sozialistischen Partei zur Verfügung und arbeitete maßgeblich am Wiederaufbau der SPÖ und der Republik mit. 1958 wurde Josef Kratky zum Wiener Sekretär bestellt, diese Funktion übte er bis 1967 aus. Von 1959 bis 1961 gehörte der SPÖ-Politiker dem Bundesrat und von 1961 bis 1970 dem Nationalrat als Wiener Abgeordneter an.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Otto Skritek, Hans Waschek.

Wien: Ottokar-Kernstock-Straße und -Platz endlich umbenannt

„Das Hakenkreuz im weißen Feld auf feuerrotem Grunde, gibt frei und offen aller Welt die hochgemute Kunde“; solche und ähnlich gequälte deutschsprachige Jubelverse hat der Dichter und Pfarrer Ottokar Kernstock (1848 bis 1928) verfaßt. Aus ungewissem Grund sind ihm dennoch in Wien zwei Verkehrsflächen gewidmet.“

Mit diesen einleitenden Bemerkungen setzte sich die „Neue AZ“ vom 23. September 1989 mit einer Initiative der sozialistischen Bezirksräte im 14. Wiener Bezirk auseinander. Auf Antrag unserer Genossinnen und Genossen aus Penzing wurde mit nur einer Stimme Mehrheit die Umbenennung der Ottokar-Kernstock-Straße in Franz-Birnecker-Gasse beschlossen. Genosse Franz Birnecker, sozialdemokratischer Vertrauensmann und Betriebsrat bei den Sem-

perit-Werken, wurde am 17. Februar 1923 ein Opfer der politischen Gewalt gegen Funktionäre der Arbeiterbewegung. Auch die Sozialisten aus Ottakring streben eine Umbenennung des Kernstockplatzes in ihrem Bezirk auf Felix-Slavik-Platz an.

Bei beiden antifaschistischen Aktionen in Penzing und Ottakring ließ die Freiheitliche Partei wieder einmal ihre zur Schau gestellte liberale Maske fallen. So berichtete die „Neue AZ“, daß ganz besonders der FPÖ-Stadtrat Rainer Pawkowitz vehement den Wiener Bürgermeister Zilk aufforderte, „dem ultralinken kulturellen Wildwuchs ein Ende zu bereiten“. Uns wundert so eine Haltung der FPÖ-Mandatare nicht! Wir aber wollen unseren Genossinnen und Genossen in Penzing und Ottakring für ihre antifaschistische Initiative danken.

Lachout: Wie lange noch?

Mit skrupelloser Frechheit auf den Lippen kriechen rechtsextreme Provokateure aus ihren Löchern und scheuen nicht davor zurück, immer wieder die menschenverachtenden Verbrechen der Nazis zu leugnen. Ein Fall dieser Art in unserem Land, der schon seit einiger Zeit die Justiz beschäftigt, ist das Leugnen der Gaskammer im Konzentrationslager Mauthausen in dem sattem bekannten Pamphlet „Halt“ durch Ing. Emil Lachout. Jetzt tritt dieser Herr, dessen üblen Diffamierungen durch die zuständigen Behörden endlich einmal Einhalt geboten werden müßte, mit einem „Gastech-nischen Gutachten“ in der letzten

Ausgabe des Sprachrohrs des Vorarlberger Rechtsextremisten Ochsenberger an die Öffentlichkeit. Unglaublich, daß gegen diese Besudelung und nochmalige geistige Ermordung der unzähligen Opfer der braunen Barbarei nicht sofort nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen wurde. Wieder meint dieser Herr Lachout, daß die Gaskammer im KZ Mauthausen „nicht für Exekutionszwecke (zur Vergiftung bzw. Vergasung von Menschen) geeignet war und als solche auch nicht verwendet wurde“. Wie lange müssen wir uns noch diese rechtsextreme Frechheit gefallen lassen?

Weiss-Rücktritt: Gutes Zeichen für die Demokratie

„Es ist ein gutes Zeichen für unsere Demokratie, daß der FPÖ-Bundesrat Weiss, der die Existenz von Gaskammern in manchen Konzentrationslagern bezweifelt hat, nicht in den Nationalrat einzieht und auch sein Bundesratsmandat zurücklegen mußte, auch wenn seine Abberufung nicht so rasch erfolgt ist, wie man es sich eigentlich erwartet hätte dürfen“, betonte Innenminister Dr. Franz Löschnak am 14. Oktober 1989 bei einer Veranstaltung der SPÖ Perg, die unter dem Motto „100 Jahre SPÖ-Bezirk Perg“ stand.

Löschnak sagte, daß gerade die Bewohner des Bezirks Perg, in dem sich auch das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen befindet, besonders genau wissen, wie viele Opfer der nationalsozialistische Wahn gefordert hat. Für die Sozialisten in diesem Land ist das Vermächtnis der Opfer dieser Zeit ein ständiger Auftrag, gegen Nationalsozialismus und Faschismus und gegen jene, die die Taten der Nazis zu verharmlosen versuchen, aufzutreten, schloß Löschnak.

Leoben: 187 Fahrten gegen das Vergessen

Bereits 187mal führt die Stadtgemeinde Leoben für Schulabgänger Exkursionsfahrten ins ehemalige KZ Mauthausen durch. Und das seit 30 Jahren. Fritz Inkret, Obmann-Stellvertreter des Landesverbandes Obersteiermark, leitete schon 187 Exkursionen von Schulabgängern in die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

1959 faßte der Leobner Gemeinderat unter dem damaligen Bürgermeister Gottfried Heindler den Beschluß, den Schulabgängern in der Montanstadt die Möglichkeit zu bieten, das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich zu besuchen. Diese nachahmenswerte Aktion wurde von den Bürgermeistern Leopold Posch und

Reinhold Benedek fortgeführt. Ex-Gemeinderat Fritz Inkret – er stand 1934 als jüngster Schutzbündler vor dem Leobner Standgericht – leitete alle 187 Mauthausen-Exkursionen. Insgesamt waren es nicht weniger als 10.000 Schüler, die „vor Ort“ Zeitgeschichte erlebten.

Erfreulich ist auch, daß zwei Leobner Mittelschulklassen unter Leitung des Prof. Samt sich an dieser Besuchsaktion beteiligten.

Gen. Fritz Inkret berichtete von erschütternden Schüleraufsätzen, die davon Zeugnis ablegten, wie wichtig diese Besuche der Jugend in Mauthausen waren. Außerdem sei den jungen Menschen die Bedeutung der Menschlichkeit inmitten der Stätte des Grauens zutiefst bewußt geworden.

Gedenktafel für Johann Stöckner

Am Hause Taborstraße 61 in Wien-Leopoldstadt wurde zur Erinnerung an Johann Stöckner eine Gedenktafel enthüllt.

Johann Stöckner war Schutzbündler, wurde im Februar 1934 schwer verletzt, verhaftet, vor Gericht gestellt und in das KZ Wöllersdorf eingewiesen. Nach 1938 emigrierte er nach Prag, wo er politisch und rassistisch Verfolgten zur Ausreise verhalf. Nach dem Einmarsch Hitlers in Prag wurde Stöckner verhaftet und nach Wien überstellt. Dort wurde er in ein Strafbataillon der Wehrmacht eingewiesen und an der Ostfront eingesetzt, wo er in russische Gefangenschaft geriet.

Ende 1947 kehrte er, schwer gezeichnet, nach Wien zurück. Anschließend wirkte er als Sektionsleiter und Bezirksrat der SPÖ.

Stella-Klein-Löw-Hof in der Leopoldstadt



Bezirksorganisation Leopoldstadt. Sie kam in sehr jungen Jahren zur sozialistischen Bewegung. Besonders die Ereignisse des 12. Februar 1934 haben ihr Leben stark beeinflusst. 1938 mußte sie, um der Verfolgung durch die Nazi zu entgehen, nach England fliehen, wo sie in der dortigen Emigrationsbewegung tätig war, später auch als Pädagogin in einem Internat für schwererziehbare Kinder und Jugendliche.

1946 kehrte sie nach Wien zurück, wo sie sehr viele ihrer Freunde und Bekannten nicht wiederfand. Sie begann mit ihrer beruflichen Laufbahn als Mittelschullehrerin, die sie als Direktorin beendete. Von der BO Leopoldstadt wurde sie in den Nationalrat entsendet, wo sie eine hervorragende Stellung für Erziehung und Bildung einnahm.

Mit mehreren Publikationen hat sie das politische Geschehen ihrer Zeit, besonders des demokratischen Wiederaufbaues in der Sozialistischen Partei, festgehalten.

Viele ihrer Forderungen sind heute Wirklichkeit, so die Möglichkeit, auch für Arbeiterkinder eine höhere Ausbildung zu erreichen.

Mödling:

Die Bezirksgruppe Mödling des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer veranstaltet auch heuer am 1. November um 9 Uhr vormittags eine Totenehrung mit anschließender Kranzniederlegung am Mödlinger Friedhof. Die Teilnehmer sammeln sich um 8.45 Uhr vor der Aufbahnhalle.

Das Haus Taborstraße 61 in Wien-Leopoldstadt wurde am 16. September 1989 von Stadtrat Edlinger nach Dr. Stella Klein-Löw benannt.

Stella Klein-Löw war eine langjährige Funktionärin und Mandatarin der SPÖ.

Anton-Schmid-Hof in der Brigittenau

Der Wiener Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in Wien 20, Pappenheimgasse 31/Jägerstraße Nr. 65–67/Leipziger Straße 40 nach dem 1942 in Wilna hingerichteten Feldwebel Anton Schmid in „Anton-Schmid-Hof“.

Schmid hatte seine Funktion als Feldwebel der deutschen Armee genützt, um zahlreichen Juden aus dem Wilnaer Ghetto das Leben zu retten.

30. November: Kabarett „Roter Hund“

Am Donnerstag, 30. November 1989, findet um 17 Uhr im Haus der Begegnung Floridsdorf (Wien 21, Angerer Straße 14) großer Saal, eine Vorführung des Kabarets „Roter Hund“

„Lachen auf eigene Gefahr“ mit Prof. Hugo Pepper statt.

1. November: Schweigemarsch

Wie jedes Jahr findet auch heuer wieder am 1. November der Schweigemarsch der Sozialistischen Freiheitskämpfer zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof statt (Treffpunkt: 2. Tor, 8.45 Uhr, Abmarsch 9 Uhr).



Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

NÖ.: Unsere Reisepläne für 1990

Viele unserer Mitglieder haben in den vergangenen Jahren schöne Gemeinschaftsfahrten im Rahmen unseres Bundes unternommen und fragen immer wieder, wann die nächste Reise stattfinden wird. Selbst Teilnehmer fortgeschrittenen Alters sind an größeren Reisen interessiert, denn diese fördern die Freundschaft und eröffnen auch neue Kontakte mit Gleichgesinnten im Ausland.

Von Freunden des Kur- und Badeortes **Strunjan** auf Istrien (großes Hallenbad mit warmen Meereswasser, mildes Klima, viele Therapiemöglichkeiten) wurden wir angesprochen, einmal einen Erholungsurlaub im März auszuschreiben. Ein außergewöhnlich niedriger Halbpensionspreis und das gesunde Klima werden diesmal wahrscheinlich auch neue Urlauber zum Mittun veranlassen.

Diesmal planen wir einen 14tägigen Aufenthalt in Strunjan bereits für Mitte März 1990. Der Tagespreis wird etwa bei S 200,- liegen.

Anmeldungen bitte bis Ende November 1989 an den Bund oder an den Landesverband NÖ. richten.

Ferner steht auf dem Programm des Landesverbandes Niederösterreich eine 4tägige Fahrt nach **Budapest** im April 1990. Je nach Wunsch der Teilnehmer wird die Hinreise mit einem Donauschiff und die Rückreise mit Bus oder Bahn oder aber die Gesamtreise mit einem österreichischen Bus geführt. Entscheidend für die Reisevorbereitung ist eine Zählung der Interessenten bis Ende November. Weitere Informationen folgen nach Ablauf der Anmeldefrist. Natürlich können an dieser Reise Mitglieder und Freunde unseres Bundes aus allen Bundesländern teilnehmen.

Über Anregung der Bezirksgruppe Hollabrunn wird der Landesverband NÖ. im Juni 1990 eine 4tägige Reise nach **Prag, Lidice** und **Theresienstadt** zu einem besonders günstigen Fahrpreis durchführen.

Da die Bestellung von Hotelzimmern in Prag schwierig ist, müssen wir in diesem Fall um Voranmeldung bis Ende November 1989 bitten.

Die genauen Preise und Termine können wir erst nach Vorliegen der verbindlichen Interessentenmeldungen, frühestens jedoch in der ersten Dezemberwoche, bekanntgeben. Deshalb bitten wir um rascheste Voranmeldungen im Bundessekretariat oder bei Genossen Leo Lesjak, Telefon (0 22 2) 39 78 95.

NÖ.: Unsere Zeugen der Zeit wurden geehrt

Der Kreis unserer Senioren wird immer größer. Wenn auch neue Mitglieder bei uns willkommen sind, ohne unsere schwergeprüften Zeugen der Zeit könnte unser Bund nicht existieren. Wir brauchen die sozialistischen, die kämpferischen und feurigen Idealisten, die kritischen Ratgeber. Zu dieser Überzeugung

haben wir uns durchgerungen. Fünf unserer guten Freunde haben ihr siebzigstes, fünfundsiebzigstes und achtzigstes Lebensjahr überschritten und wurden deshalb vor kurzem vom niederösterreichischen Landesverbandsvorstand des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer geehrt.

Unter den Geehrten befanden sich die Genossen Rudolf Winter, Baden, Josef Wicher, Schwechat, Hubert Paschinger, Otto Redl, Schrems, und Dr. Franz Danimann.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller:
Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG.,
1110 Wien.

Die Laudatio hielt Landesverbandssobmann Leo Lesjak. Genossin Erna Musik überbrachte die Grüße der Bundesvorsitzenden Rosa Jochmann und überreichte den Jubilaren Otto-Bauer-Plaketten oder, falls sie diese schon besaßen, schöne Ehrenteller.

Namens der Jubilare dankte Dr. Franz Danimann für die hohen Auszeichnungen und versprach, weiter im Sinne unseres großen Denkers Otto Bauer zu wirken.

Auschwitz-Kreuz für Dr. Danimann

Am 14. August 1989 überreichte der polnische Botschafter Stanislav Bejger in Wien, in Anwesenheit von Vertretern der Lagergemeinschaft Auschwitz, der österreichischen Spanienkämpfer, der Liga für Menschenrechte und des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, dem früheren Leiter des Landesarbeitsamtes Niederösterreich, Dr. Franz Danimann, das Auschwitz-Kreuz.

Dr. Danimann, schon in frühester Jugend antifaschistisch tätig, bedankte sich für die hohe Auszeichnung und schilderte einige Erlebnisse. Als bekannt wurde, daß auch Wehrpflichtige zum Dienst in die SS-Sondereinheit Dirlewanger gezwungen wurden, ließ sich Danimann lieber mit Typhus infizieren.



Franz Danimann:
Auschwitz-Häftling Nr. 32.635.

Er nahm dieses hohe Risiko auf sich und konnte vom polnischen Arzt Doktor Klodzinski gerettet werden. Als Auschwitz-Häftling Nr. 32.635 hat er dann die schwersten Tage seines Lebens durchgemacht.

Er mußte machtlos zusehen, wie viele seiner polnischen Freunde sowie der österreichische Spanienkämpfer Ernst Burger und der Wiener Ludwig Vesely nur wenige Tage vor der Evakuierung des Lagers zum Galgen geführt wurden. Mit den Worten „Es lebe die Freiheit“ und „Heute wir – morgen Ihr“ hauchten diese Kämpfer ihr Leben aus.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunde“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 1. Dezember 1989.